

Niederschrift

über die in der 10. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
am 28.02.2018 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten
Beschlüsse

Öffentliche Sitzung

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 17:20 Uhr

anwesend sind

Schreiber, Adolf	Goch
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Schmidt, Gabriele	Kleve
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Hohl, Peter	Kevelaer
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich
Mulder, Andy	Kleve
Kerkenhoff, David	Kalkar
Gorißen, Dietmar	Kleve
Habicht, Kai	Kerken
Looschelders, Herbert	Kleve
Brandt, Klaus	Bedburg-Hau
Ketelaers, Dirk	Rheurdt
Rupp, Thorsten	Emmerich
Engler, Gerd	Goch

beratendes Mitglied

Heinricks, Michael	Kerken
--------------------	--------

entschuldigt sind

Poell, Peter
Kersten, Gertrud
Killewald, Norbert
Kreutzmann, Andrea
Schäfer, Verena
Höhn, Birgitt

anwesend sind von der Verwaltung

Landrat Wolfgang Spreen
Günter Franik
Andrea Schwan

als Schriftführer/in

Thomas Reintjes

- - - - -

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Es erklärt sich niemand für befangen im Sinne der Kreisordnung.

Öffentliche Sitzung

1. Bestellung eines Schriftführers und eines stellvertretenden Schriftführers
2. Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand
3. Petition zur Einrichtung von realen Pflegestützpunkten im Sinne des § 6 Alten- und Pflegegesetz NRW (APG-NRW)
Schreiben des Sozialverband VdK Kreisverband am Niederrhein, Rheinberg vom 04.12.2017
4. Tätigkeitsbericht der Überwachungsbehörde nach § 14 Abs. 11 WTG für das Jahr 2017
5. Tätigkeitsbericht der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben für das Jahr 2017
Leistungen und Maßnahmen der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben des Kreises Kleve
6. Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve (KPGK)
Bericht aus der letzten Sitzung
7. Forum für Seniorinnen und Senioren
Bericht aus den letzten Sitzungen
8. Kinder- und Hausärztliche Versorgung im Kreis Kleve;
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.02.2018
9. Mitteilungen
10. Anfragen

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 768 /WP14

Bestellung eines Schriftführers und eines stellvertretenden Schriftführers

Beschluss:

Für die Dauer der Wahlperiode bestellt der Ausschuss Kreisverwaltungsrat Thomas Reintjes zum Schriftführer und Kreisamtmann Dirk Gaubitz zum stellvertretenden Schriftführer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 769 /WP14

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand

Für die SPD-Kreistagsfraktion bedankt sich Herr Engler für die ausführliche Berichterstattung und die umfangreichen Maßnahmen. Die Analyse und die Vergleichszahlen helfen bei der Bewertung. Eine Auswertung der Maßnahmen (Teilnehmer, Erfolgsquote) fehle jedoch. Er bittet die Verwaltung in einer späteren Sitzung die Wirksamkeit der Programme darzustellen.

Auf Nachfragen von Herrn Engler informiert Frau Schwan ausführlich über die Leistungsbezieher mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Anzahl der Leistungsberechtigten mit Staatsangehörigkeiten aus den TOP 8-Krisenstaaten sei deutlich gestiegen. Die Anzahl der Leistungsberechtigten aus anderen Staaten sei leicht gestiegen. Bei den Leistungsberechtigten aus EU-Staaten habe es kaum Veränderungen gegeben und die Anzahl der deutschen Leistungsberechtigten sei stark zurückgegangen. Weiter informiert Frau Schwan auf Nachfrage über das Projekt „Grenzen bewegen“. Es beinhalte die grenzüberschreitende Vermittlung sowohl in den deutschen als auch in den niederländischen Arbeitsmarkt.

Herr Engler weist auf ein beabsichtigtes Projekt der sich abzeichnenden Regierungskoalition im Bereich des sozialen Arbeitsmarktes für 150.000 Personen hin. Er bittet um Informationen darüber, ob es bereits Gedanken darüber gibt, wie die geplanten Maßnahmen zur Aktivierung arbeitsmarktfremder Personen umgesetzt werden können.

Frau Schwan teilt mit, dass die Zahl der Personen im Langzeitbezug um 1,4 % zurückgegangen sei. Der Kreis Kleve liege bei dieser Kennzahl auf Rang 7 von 53 in NRW. Die Personen befinden sich seit längerem im Fokus. Dennoch sei jede weitere zielführende Maßnahme willkommen.

Herr Mulder bedankt sich für die CDU-Fraktion für die ausführlichen Darstellungen. Er stellt fest, dass die Maßnahmen erfolgreich zu sein scheinen und hofft, dass die von der sich abzeichnenden Regierungskoalition vorgesehenen Maßnahmen die positive Entwicklung zu begünstigen vermögen.

Herr Mulder erkundigt sich danach, ob die Kursträger für nicht deutschsprachige Leistungsbezieher ein bedarfsdeckendes Angebot an Maßnahmen zur Verfügung stellen können. Frau Schwan teilt mit, dass eine gute Kooperation mit dem BAMF bestehe und an einem bedarfsdeckenden Angebot gearbeitet werde. Nachholbedarf und Wartelisten bestünden bei Kursen zur Alphabetisierung und Kursen, die sich speziell an Frauen richten.

Herr Habicht bedankt sich für die Vorlage und bittet an einigen Stellen um ergänzende Erläuterungen. Frau Schwan und Herr Landrat Spreen informieren, dass die Gründe für die unterschiedliche Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in den einzelnen Kommunen nicht exakt bzw. abschließend benennbar seien. Abgänge in eine Erwerbstätigkeit oder Wegzüge in andere Kommunen hängen von individuellen Potentialen und Lebensentscheidungen ab, die nicht zwangsläufig in jeder Kommune zu identischen Aufsummierungen führen. Zur Stadt Kleve befragt wird präzisiert, dass von 9.329 Bedarfsgemeinschaften insgesamt 2.451 Bedarfsgemeinschaften dort wohnhaft seien. Im Kreis Kleve verfügen 3.512 von 12.471 Leistungsbezieher über Erwerbseinkommen. Die 121.500.000 € Aufwand für den Aufgabenbereich SGB II werden durch Bundes-, Landes- und kommunale Mittel finanziert. Zu der relativ großen Anzahl der Leistungsbezieher mit polnischer Staatsangehörigkeit sei keine Information über deren konkrete regionale Herkunft oder eine schwerpunktmäßige Herkunft aus bestimmten Regionen Polens verfügbar. Sprachkurse können im Bedarfsfall allen Leistungsbezieher – unabhängig von ihrer Nationalität – angeboten werden. Die Maßnahme „JobCafe“ sei über eine Ausschreibung an einen Träger vergeben worden. Bis zum 31.03.2018 werde die Maßnahme mit 23 Plätzen geführt. Sie sei für die Zeit ab dem 01.04.2018 mit 18 Plätzen nach einer Ausschreibung verlängert worden.

Herr Habicht dankt für die Beantwortung der Fragen und reicht ergänzend zwei schriftliche Fragen ein, die nicht Gegenstand der Beratung im Fachausschuss werden. Bezüglich der geflüchteten Frauen hebt er hervor, dass sich diese aufgrund der minimalen Sprachkenntnisse auf dem Weg in eine Sackgasse befänden. Auf die Integration von Frauen sollte ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Herr Looschelders weist darauf hin, dass die KDU-Ausgaben um 3,02 % gestiegen seien, während die Regelleistungen um 8,51 % gestiegen seien und bittet um eine Erklärung der Verwaltung. Frau Schwan teilt mit, dass sich die unterschiedlichen Anstiege aus der Vielzahl der individuellen Fallgestaltungen ergebe und somit naturgemäß unterschiedliche Gründe vorliegen dürften. Eine Ursachenanalyse liege nicht vor. Auffallend seien derzeit aber relativ niedrige Unterkunftskosten bei den Flüchtlingen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 774 /WP14

Petition zur Einrichtung von realen Pflegestützpunkten im Sinne des § 6 Alten- und Pflegegesetz NRW (APG-NRW)

Schreiben des Sozialverband VdK Kreisverband am Niederrhein, Rheinberg vom 04.12.2017

Herr Mulder weist darauf hin, dass im Jahr 2017 die Entscheidung über die Teilnahme an einem „Modellvorhaben Pflege“ einstimmig zurückgestellt worden ist, bis von Seiten des Landes entsprechende Richtlinien verabschiedet worden sind. Die CDU-Fraktion werde daher dem Beschlussvorschlag in der Vorlage der Verwaltung nicht folgen. Die CDU-Fraktion schlägt vor, wie folgt zu beschließen:

- „1. Das Initiativrecht zur Errichtung eines Pflegestützpunktes wird nicht ausgeübt.
2. Ein Antrag auf Durchführung eines „Modellvorhabens Pflege“ wird derzeit nicht gestellt.“

Herr Rupp teilt mit, dass er der Auffassung der Verwaltung in der Vorlage zum „Virtuellen Pflegestützpunkt nicht folgen kann. Die SPD-Fraktion habe immer einen Pflegestützpunkt gefordert. Sie habe auch die Teilnahme an einem „Modellvorhaben Pflege“ gefordert. Der virtuelle Pflegestützpunkt sei auf der Homepage des Kreises Kleve nicht auffindbar. Informationen hierzu seien lediglich einer älteren Broschüre des Kreises Kleve zu entnehmen. Der Kreis Kleve gehe mit dem Thema nicht gut um. Die SPD-Fraktion teile die Auffassung im von der Bundesregierung veröffentlichten Pflegebericht, dass die Pflegeberatung durch die Pflegekassen insgesamt nicht ausreichend sei. Hintergrund des SPD-Antrages sei die Stärkung der Rolle der Kommunen, ob durch Pflegestützpunkte oder Teilnahme am „Modellvorhaben Pflege“ sei eine Frage der Beurteilung.

Herr Gorissen weist darauf hin, dass es sich um eine Petition und nicht um einen Antrag handelt. Die detaillierten Ausführungen der Verwaltung machen deutlich, dass der Kreis Kleve mit dem „Virtuellen Pflegestützpunkt“ richtig liege. Das Angebot muss seiner Auffassung nach jedoch auf der Internetseite des Kreises Kleve kenntlicher gemacht werden. Er schließe sich dem Beschlussvorschlag der CDU-Kreistagsfraktion an.

Landrat sichert zu, die Frage der Auffindbarkeit des Pflegestützpunktes auf der Homepage des Kreises Kleve prüfen zu lassen. Vorrangig sei aber, dass Betroffene über das Seniorentelefon des Kreises Hilfe erhalten können. Ausdrücklich weist er darauf hin, dass die Kreisverwaltung nicht zuständig dafür ist, die Arbeit der Pflegekassen zu machen und hierfür kommunale Mittel einzusetzen. Die Zuständigkeit für die Pflegeberatung liege bei Anderen, die dafür viel Geld bekommen. Insofern vertrete die Verwaltung weiterhin die Auffassung, dass die Sache entscheidungsreif und ein Beschluss gemäß der vorliegenden Vorlage sachgerecht ist.

Herr Looschelders findet es sehr bedauerlich, dass die Einrichtung eines realen Pflegestützpunktes verzögert werde. In anderen Kommunen bestünden diese. Die Fachwelt halte die Einrichtung eines Pflegestützpunktes im Kreis Kleve für notwendig. Alte Menschen würden im Regen stehen gelassen.

Landrat weist darauf hin, dass es sich hierbei um das Wiederholen einer einmal gefundenen Position handelt. Die pauschale Behauptung, dass die Pflegeberatung im Kreis Kleve nicht funktioniere, sei durch nichts bewiesen. Bisher sei kein einziges Beispiel benannt worden, in dem Anhaltspunkte für ein Versagen der Pflegekasse bei der Pflegeberatung konkretisiert worden seien.

Herr Looschelders betont, dass er dies durch seine Tätigkeit als Berufsbetreuer anders sehe.

Herr Hohl vertritt die Auffassung, dass Herr Looschelders sich regelmäßig auf berufliche Erfahrungen berufe, diese aber nicht von Berufsbetreuern geteilt würden. Auch er sei beruflich nahe am Thema dran. Über Mängel bei der Pflegeberatung im Kreis Kleve sei ihm nichts bekannt.

Herr Habicht betont, dass Kurzzeitpflege in Zukunft immer wichtiger werde. Immer häufiger würden Menschen von den Krankenhäusern hilfsbedürftig nach Hause entlassen. Hierfür seien Übergangsangebote erforderlich. Oftmals würden Menschen nach einem Krankenhausaufenthalt kranker als vorher nach Hause entlassen. Er fordert eine Überprüfung der Pflege in Krankenhäusern durch den Kreis Kleve.

Landrat weist darauf hin, dass der Kreis Kleve für die Überprüfung der Hygiene in Krankenhäusern zuständig sei, nicht aber für die Überwachung der Qualität der Pflege. Auch sei der Übergang in die Häuslichkeit nach einem Krankenhausaufenthalt schon in der KPGK beraten worden. Es bestehe die Möglichkeit, das Thema über die Mitglieder der KPGK erneut in die KPGK zu bringen.

Beschluss:

1. Das Initiativrecht zur Errichtung eines Pflegestützpunktes wird nicht ausgeübt.
2. Ein Antrag auf Durchführung eines „Modellvorhabens Pflege“ wird derzeit nicht gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 5

Enthaltungen: 1

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 771 /WP14

Tätigkeitsbericht der Überwachungsbehörde nach § 14 Abs. 11 WTG für das Jahr 2017

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 770 /WP14

Tätigkeitsbericht der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben für das Jahr 2017
Leistungen und Maßnahmen der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben des Kreises
Kleve

Herr Engler findet es erfreulich, dass der Aufwand für diesen Personenkreis einen Höchststand erreicht hat. Er erkundigt sich danach, ob vor dem Hintergrund geringerer Haushaltsansätze in den kommenden Jahren noch Anpassungen möglich sind.

Herr Franik teilt mit, dass der LVR die Zuweisungen bei Bedarf immer angepasst habe. Anhaltspunkte für eine Änderung der Praxis seien gegenwärtig nicht bekannt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 772 /WP14

Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve (KPGK)
Bericht aus der letzten Sitzung

Auf Nachfrage von Herrn Habicht informiert der Landrat, dass es zu dem Sachverhalt auf Seite 5 der als Anlage beigefügten Niederschrift keine weiteren Erkenntnisse gibt.

Herr Habicht findet die Bemerkung des Herrn Killewald auf Seite 4 der Niederschrift unpassend.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 773 /WP14

Forum für Seniorinnen und Senioren
Bericht aus den letzten Sitzungen

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 796 /WP14

Kinder- und Hausärztliche Versorgung im Kreis Kleve;
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.02.2018

Herr Engler begründet den Antrag der SPD-Fraktion. Die Kinder- und Hausärztliche Versorgung sei Knackpunkt der Daseinsvorsorge. Die SPD hätte sich gewünscht, dass der Landrat eine Stellungnahme zum momentanen Stand abgegeben hätte und die Initiative „Mehr Kinderärzte für den Kreis Kleve“ in die Sitzung des Gremiums eingeladen worden wäre. Er bedauert, dass der Landrat keine Zuständigkeit sieht und verweist auf Initiativen des Landrats in der Vergangenheit. Ausdrücklich bedankt er sich bei der Initiative „Mehr Kinderärzte für den Kreis Kleve“ für das gezeigte Engagement.

Herr Hohl verweist darauf, dass alle Menschen im Kreis Kleve den Ärztemangel feststellen können. Dazu bedürfe es keiner weiteren Belege. Er sieht den Ausschuss jedoch nicht für zuständig. Er dankt dem Landrat, dass er sich für den ländlichen Raum einsetzt, z.B. über das Hospitationsmodell. Der Landrat solle hierbei unterstützt werden. Er weist darauf hin, dass die Fraktionen die Möglichkeit haben, die Initiative „Mehr Kinderärzte für den Kreis Kleve“ zu hören. Für den Fachausschuss bestehe keine Notwendigkeit.

Herr Rupp ist der Auffassung, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales als Fachausschuss das Thema diskutieren und Sachverstand gehört werden soll. Seiner Meinung nach ist der Pflegebedarfsplan im Ausschuss so gut wie gar nicht durchgearbeitet worden. Er weist auf ein Projekt in Südwestfalen und die dort erarbeiteten Handlungsempfehlungen hin. Dort werde deutlich mehr getan als auf Zuständigkeiten zu verweisen. Beteiligte müssten zusammen gebracht werden. Dem Landrat müsse vorgehalten werden, dass er hier nicht genug tue.

Herr Dr. Krebber weist darauf hin, dass es viele junge Menschen gebe, die Arzt werden wollen, es aber zu wenige Studienplätze gebe. Ärztemangel sei ein bekanntes bundesweites Problem, das nicht durch örtliche Aktionen zu lösen sei. Er erkundigt sich nach dem Erfolg der Initiative in Südwestfalen. Derzeit gebe es keine Ärzte! Er weist auch auf die Niederlassungsfreiheit von Ärzten hin.

Landrat teilt mit, dass er die Forderungen der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen kann. Er weist auf die Niederschrift der Sitzung der KPGK vom 12.07.2017 mit dem Schwerpunkt „Hausärztliche Versorgung“ hin. Die SPD hätte hier aktiver werden können. Einigkeit bestehe darüber, dass zu wenige Ärzte da sind. Es habe in der Angelegenheit ein Termin bei der Kassenärztlichen Vereinigung, an dem auch der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion teilgenommen habe, stattgefunden. Zuständig sei die Kassenärztliche Vereinigung als Selbstverwaltung. In diesem Zusammenhang weist er auf die Äußerungen von Herrn Killewald in der letzten Sitzung der KPGK hin. Der Gesetzgeber solle überprüfen, ob die Selbstverwaltung der Kassenärztlichen Vereinigung funktioniert. Die nächste Regierung habe die Möglichkeit, die unzureichende ärztliche Versorgung anzugehen. Initiativen ändern nichts an der eigentlichen Verantwortung. Es soll hier nicht vernebelt werden, wer eigentlich zuständig ist.

Herr Ketelaers ist der Auffassung, dass es sich der Landrat mit dieser Position zu einfach mache. Er sieht die Pflicht etwas zu tun. Es dürfe nicht sein, dass keine Termine bei Haus- und Kinderärzten zu bekommen seien.

Herr Engler betont, dass es der SPD-Fraktion mit dem Antrag nur um einen Sachstandbericht gehe. Ihm liegen Informationen vor, dass sich im Bereich der kinderärztlichen Versorgung zukünftig Änderungen ergeben.

Landrat antwortet, dass evtl. Änderungen und Zahlen zur ärztlichen Versorgung bei der Kassenärztliche Vereinigung und den Krankenkassen vorliegen dürften. Diese seien Mitglieder der KPGK.

Herr Rupp teilt mit, dass die SPD-Fraktion regelmäßig Anträge gestellt und Veranstaltungen organisiert habe. Hier könnten Zahlen erfragt werden. Bereits im Gesundheitsbericht 2013 sei eine erhebliche Unterversorgung festgestellt worden. Der Landrat habe sich nicht intensiv gekümmert und schöpfe sein Potential nicht aus. Man sei der Auffassung, dass ein Gesundheitsbericht des Kreises Kleve erstellt werden sollte.

Herr Hohl weist darauf hin, dass diese Äußerungen im Widerspruch zu den vorangegangenen Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden stehen. Die neue Landesregierung habe in NRW zwei neue Fakultäten für Ärzte ins Leben gerufen.

Herr Habicht ist der Auffassung, dass mehr zusammen gearbeitet werden solle. Man sei für die Bürger zuständig.

Beschluss

Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen : 5

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Anfragen

- Herr Habicht kündigt eine Frage zum Familiennachzug in Zusammenhang mit der Härtefallregelung an. Der Vorsitzende stellt fest, dass dieses Thema nicht in den Zuständigkeitsbereich des Fachausschusses falle.
- Herrn Looschelders ist aufgefallen, dass umfangreiche Bearbeitungshinweise des Kreises Kleve zum SGB II im Internet abrufbar sind, aber lediglich 5 Bearbeitungshinweise zum SGB XII eingestellt sind. Er sei daran interessiert zu erfahren, wann diese für die Öffentlichkeit wieder vollständig abrufbar sind.

Landrat erklärt, dass es keinen Rechtsanspruch auf vollständige Bearbeitungshinweise zum SGB XII gebe. Weitere Hinweise seien derzeit nicht beabsichtigt.

Herr Looschelders erwidert, dass er dies aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes anders sieht und sich zur Klärung dieser Frage ggf. an den Bundesdatenschutzbeauftragten wenden werde.

- Herr Looschelders erkundigt sich danach, ob die Verwaltung Daten zu Widersprüchen und Klagen im Bereich des SGB II und SGB XII zur Verfügung stellen kann. Frau Schwan sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Reintjes
(Schriftführer)

Schreiber
(Vorsitzende/r)